Erstes US-Wohnhaus der neuen „Housing Area" vergeben – Bauabschnitt mit 106 Gebäuden ist abgeschlossen

Premiere in der Sioux Street auf dem Urlas

US-Armee investiert umgerechnet 38,5 Millionen Euro – Sichere Verkehrsanbindung nach wie vor ungelöst

ANSBACH (mhz) – Das erste Wohnhaus auf dem Urlas ist gestern in der Sioux Street bezogen worden. Damit ist der erste Bauabschnitt der „Housing Area" mit insgesamt 106 Häusern fertig gestellt worden.

Im Rahmen einer Feierstunde in Anwesenheit vieler Vertreter aus Behörden und der Kommunalpolitik überreichte District-Kommandeur Colonel Trey Jordan vom Ingenieur-Korps der US-Armee an den Ansbacher Standortkommandeur Colonel Christopher Hickey symbolisch den ersten Schlüssel. Dieser durchschnitt hernach zusammen mit der Familie von Specialist Kody Hansen das Band, so dass die Hansens das erste der neuen Urlas-Häuser in Besitz nehmen durften.

Hickey, der selbst vor 25 Jahren als Panzerfahrer das Urlasgelände noch als Truppenübungsplatz kennen gelernt hatte, zeigte sich begeistert davon, welche „positive Entwicklung das gesamte Areal" genommen habe. Er strich heraus, dass die Armee viel für die Familien der Truppenangehörigen investiere, was als Steigerung der Lebensqualität auch dem Dienst der Soldaten zugute käme. Hickey erinnerte in dem Zusammenhang an die Gesundheitsfürsorge und die Einkaufscenter auf dem Urlas, die ab dem Sommer des kommenden Jahres in Betrieb gehen sollen. Wie Armee-Sprecherin Cornelia Summers am Rande der Einweihung erläuterte, haben die Soldaten, die im Schnitt drei Jahre am Standort verweilten, die Möglichkeit, die Häuser entweder möblieren zu lassen oder mit eigenem Mobiliar auszustatten. Dies werde unter der Regie von Glenda Brown von der US-Hausverwaltung vor Ort organisiert.

Die Planungen für das neue Baugebiet hätten im Jahre 2006 begonnen; auf dem Gelände habe es „weitgehend nichts" gegeben, von einigen Bunkern und der Hundezwingeranlage der Militärpolizei abgesehen, erläuterte Baudirektor Franz Poidinger vom Staatlichen Bauamt Nürnberg. Zuerst habe man eine Naturschutz- und Verkehrsstudie angefertigt, Grundlage für die Ausgleichsflächen auf dem Urlas und bei Oberdachstetten. Der Bau habe im November 2008 begonnen; heute stünden auf dem Urlas 100 Doppelhaushälften und sechs Einzelhäuser ohne Keller mit Flächen zwischen 125 und 160 Quadratmetern zuzüglich eines Gartenanteils von 150 Quadratmetern. Dazu verfüge das Quartier über zwei Multifunktionsflächen, einen zentralen Platz sowie über drei Spielplätze.

22 Einheiten seien als Passiv-Häuser mit extra starker Wanddämmung und Dreifachverglasung der Fenster ausgeführt. Insgesamt habe die US-Armee 38,5 Millionen Euro investiert, für die ökologischen Ausgleichmaßnahmen seien 1,1 Millionen Euro verwendet worden. Das gesamte Projekt werde Ende Juli an die US-Armee übergeben.

Neue Bürger im neuen Wohngebiet auf dem Urlas-Gelände (von links): Begleitet von Kommandeur Colonel Christopher Hickey (links) und Hausverwalterin Glenda Brown (rechts) haben jetzt Mary und Kody Hansen mit ihrem kleinen Sohn David das erste Heim in Besitz genommen. *Foto: Albright*

Unmut im Stadthaus über das Staatliche Bauamt

Nachdem die Verkehrsanbindung des Geländes an die Bundesstraße 14 nach wie vor ungeklärt ist und bisher nur über die provisorische Baustellen- aus- und -einfahrt erfolgt, regte sich unlängst im Bauausschuss des Stadtrates Unmut über den Einsatz des Staatlichen Bauamtes. Es habe jüngst ein „Arbeitstreffen" gegeben, sagte Oberbürgermeisterin Carda Seidel; die Gespräche seien aber „relativ zäh" verlaufen. Dort seien zwar einige Planänderungen präsentiert worden, doch warte man immer noch auf ein abschließendes Ergebnis seitens der Behörde. Über den bisherigen „schleppenden Fortgang" habe man auch das bayerische Innenministerium informiert, merkte die OB an, die sich zudem „enttäuscht" darüber zeigte, dass das Bauamt keine Aktivitäten mehr an den Tag gelegt habe.

Sie lesen heute

Lokales

Wieder Vandalismus im Hofgarten
Kübelpflanzen wurden mutwillig umgetreten

Landkreis

Göppel-Idee stößt auf Ablehnung
Landrat: Keine Umschichtung von Interfranken zum Römerpark

Westmittelfranken

Quittung für Gewaltorgie
Staatsanwalt fordert nach Mord von Unterdeufstetten lebenslange Haft

Sport

US-Basketball-Girls zu Gast
Amerikanische College-Mannschaft spielt heute gegen TSV-Damen

Drei Jahre lang durfte Stadtrat der Offenen Linken ungehindert in Ausschüssen Anträge stellen – Jetzt hat er „Mitwirkungsverbot"

„Maulkorb" oder zurück zur „glorreichen Basisdemokratie"?

Verwaltung beruft sich auf Geschäftsordnung: Erst bei Überprüfung festgestellt – Boris-André Meyer will sich wehren

ANSBACH (fri) – Ab sofort darf Boris-André Meyer, Stadtrat der Offenen Linken, in den meisten Stadtratsausschüssen nicht mehr wie bisher Anträge stellen oder sie dort begründen. Die Stadtverwaltung sieht in der erstmals bei der letzten Sitzung des Bauausschusses zur Anwendung gekommenen Regelung eine Korrektur eines erst jetzt entdeckten unrechtmäßigen Zustands. Boris-André Meyer dagegen vermutet andere Hintergründe: Es sei ein Versuch der Stadtspitze, ihn als kritischen Stadtrat mundtot zu machen, glaubt er und kündigt gleichzeitig an, dass dies nicht gelingen werde. Er werde alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen „undemokratischen Zustand" zu ändern.

Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode, die ihm und der Offenen Linken (OL) erstmals ein Stadtratsmandat verschaffte, hat Boris André Meyer gearbeitet wie jeder andere Stadtrat auch. Dabei blieb Meyer Einzelkämpfer und damit auf Grund der Geschäftsordnung des Stadtrats, die nur Gruppen oder Fraktionen ab einer Mindeststärke von zwei Stadträten aufwärts in Ausschüssen Mitwirkungsrechte einräumt, dort ohne Sitz. Gleichwohl stellte er über drei Jahre dort Anträge, begründete sie und diskutierte im Einzelfall auch über die darin angesprochenen Themen mit.

In zwei Ausschüssen tat und tut er dies auch völlig zu Recht. Weil sie die Kompetenzen des linken Stadtrats nutzen wollten, hatte ihm die Grünen-Fraktion einen der ihr zustehenden Sitze im Ausschuss für Soziales und im Wirtschaftsausschuss eingeräumt.

In anderen Ausschüssen allerdings dürfe der Stadtrat künftig nur noch schweigender Zuhörer sein, erklärte nun Rechtsreferent Holger Nießlein und begründet dies mit der Geschäftsordnung des Stadtrates. Die erlaube nämlich nur den Ausschussmitgliedern eine „Mitwirkung". Da Meyer kein offizielles Mitglied sei, müsse er folglich schweigen und könne seine Anträge ausschließlich bei den Stadtratssitzungen stellen.

Mitgeteilt wurde dies bei der letzten Bauausschuss-Sitzung von einem weiteren Juristen der Stadt, dem Wirtschaftsreferenten Udo Kleinlein, als der verdutzte Meyer gerade einen von ihm gestellten Antrag begründen wollte. Obwohl tags zuvor noch das Büro der OB den Stadtrat informiert hatte, sein Antrag werde bei der Sitzung behandelt, durfte sich Meyer dazu nicht äußern. Denn auch Kleinlein war bei der Prüfung der Rechtslage zur gleichen Überzeugung gekommen wie Nießlein: Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen hätten nur deren reguläre Mitglieder.

Meyer kann über die „plötzliche Erkenntnis" nur den Kopf schütteln. Seit Beginn der Legislaturperiode hatte er auch in Ausschüssen, in denen er keinen Sitz hatte, Anträge gestellt, sie begründet und mehrfach auch mitdiskutiert. Es sei doch mehr als seltsam, dass dies über drei Jahre lang niemand aufgefallen sei, meint er und zieht gleichzeitig den Schluss, dass dann alle Beschlüsse, an denen er mitgewirkt habe, unrechtmäßig zustande gekommen und damit gesetzwidrig seien.

„Falsch", entgegnet da Holger Nießlein. Die Geschäftsordnung sei zwar für den Stadtrat bindend, habe aber keine Gesetzeskraft; deshalb dürften auch unter Meyers Mitwirkung gefasste Beschlüsse weiter bestehen. Und dass man so spät erst zu der Einsicht gekommen war, dass Meyers Mitwirken unrechtmäßig sei, habe auch damit zu tun, dass er nun erst – auf Bitte von Baureferent Jochen Büschl – diese grundsätzliche Frage näher geprüft habe. Dann aber sei klar gewesen, dass so nicht fortgefahren werden könne, sagt Nießlein, und macht auch gleich einen Vorschlag, wie Meyer den Zustand wieder zu seiner Zufriedenheit ändern könne: Der brauche ja nur an den Stadtrat einen Antrag zu einer entsprechenden Neuformulierung der Geschäftsordnung zu stellen.

Dieser Antrag könnte kommen. Zwar will Meyer zunächst einmal von der Regierung prüfen lassen, ob sein „Mitwirkungsverbot" rechtens sei und notfalls gegen den „Maulkorb" vors Verwaltungsgericht ziehen, lässt sich aber auch andere Möglichkeiten offen. Da Oberbürgermeisterin Carda Seidel ja mit dem Anspruch auf mehr demokratisches Miteinander angetreten sei, könne er sich kaum vorstellen, dass sie nun die Praxis in der Felber/Breitschwert-Ära als „glorreiche Zeit der Basisdemokratie" erscheinen lassen wolle, formuliert Meyer süffisant. Denn auch unter OB Ralf Felber hatte die Verwaltung zugelassen, dass die damals ebenfalls nicht in Ausschüssen vertretenen Grünen Anträge an diese Ausschüsse stellten und dort selbst begründeten.

Muss künftig in den meisten Stadtratsausschüssen schweigen: Der einzige Vertreter der Offenen Linken, Boris-André Meyer. *Foto: Albright*